Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2758**
16. Wahlperiode 27. 09. 2006

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Jahr 2008 zum „Internationalen Jahr der sanitären Grundversorgung“ der Vereinten Nationen ausrufen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Lösung globaler Wasserprobleme ist von herausragender Bedeutung. Sie ist einer der wichtigsten Schlüssel zur Armutsbekämpfung und damit zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen und der Umsetzung der Beschlüsse des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung von Johannesburg 2002.

Während die internationalen Bemühungen zur Verbesserung der Versorgung mit sauberem Trinkwasser beträchtlich sind, bleiben die Anstrengungen zur Entsorgung verschmutzter Abwässer und die Verbreitung angepasster Toilettensysteme unzureichend. So wurde der Zugang zur Basissanitärversorgung in Subsahara-Afrika zwischen 1990 (32 Prozent) bis 2004 (37 Prozent) nur bescheiden verbessert. Nationale Regierungen, aber auch die internationale Staatengemeinschaft sind dringend aufgefordert, ihre Bemühungen zur Verbesserung der sanitären Grundversorgung zu verstärken.

1,1 Milliarden Menschen lebten im Jahr 2005 ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und 2,6 Milliarden Menschen ohne sanitäre Basiseinrichtungen. Sie besitzen keinen Zugang zu Systemen der Abwasserentsorgung oder zu Toiletten und haben nur unzureichende Möglichkeiten zur Körper- oder Haushaltshygiene. Durch sickernde Abwässer und undichte Wasserleitungen gelangen Krankheitserreger in den Wasserkreislauf. Die Auswirkungen sind dramatisch: 80 Prozent aller Erkrankungen in Entwicklungsländern sind auf verunreinigtes Wasser zurückzuführen. 6 000 Kinder sterben täglich an den Folgen. Die Verwendung von schmutzigem Wasser zum Trinken und Kochen oder das Spielen von Kindern in Kloaken in Slumsiedlungen führt zu schweren Krankheiten wie Cholera, Typhus, Gelbsucht und Durchfallerkrankungen. Diese bedingen häufige Schulausfälle der Kinder, führen zu Einkommensverlusten der Familien und erhöhen die Ausgaben für den häufig unterfinanzierten Gesundheitssektor. Wasserbedingte Krankheiten kosten die Entwicklungsländer insgesamt fünf Milliarden Arbeitstage pro Jahr. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat nachgewiesen, dass jeder im Wasser- und Abwassersektor investierte US-Dollar ökonomische Gewinne von, je nach Region, 3 bis 34 US-Dollar erzielt.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

1. dass die Bundesregierung seit vielen Jahren in ihrer Entwicklungskooperation der sanitären Grundversorgung einen hohen Stellenwert beimisst;
2. dass die Bundesregierung auf der internationalen Süßwasserkonferenz in Bonn die Initiative ergriffen hat, neben dem Trinkwasser-Millenniumsziel

(bis 2015 Halbierung des Anteils der Menschen, die keinen nachhaltigen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben) auch das Millenniumsziel zur sanitären Basisversorgung (bis 2015 Halbierung des Anteils der Menschen, die keinen nachhaltigen Zugang zu sanitärer Grundversorgung haben) zu verankern;

3. dass auf der Konferenz zur Nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg 2002 die Verbesserung der sanitären Grundversorgung zum Millenniumsentwicklungsziel erklärt worden ist;
4. dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, angesichts der Bedeutung des Wasserbereiches für Armutsursachenbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung die Dekade von 2005 bis 2015 zur internationalen Wasserdekade ausgerufen hat;
5. dass das „Beratergremium des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Wasser und sanitäre Grundversorgung“ (UNSGAB) auf dem 4. Weltwasserforum in Mexiko im März 2006 einen umfangreichen Aktionsplan (Hashimoto-Plan) zur Verbesserung der Wasserversorgung und sanitären Grundversorgung vorgelegt hat;
6. den Vorschlag von UNSGAB, das Jahr 2008 zum „Internationalen Jahr der sanitären Grundversorgung“ auszurufen, um die Aufmerksamkeit der nationalen Regierungen und der internationalen Staatengemeinschaft auf die drängenden Aufgaben im Bereich der sanitären Grundversorgung zu lenken und sie zu verstärkten Maßnahmen zu bewegen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich bei der in der 3. Septemberwoche 2006 beginnenden Generalversammlung der Vereinten Nationen dafür einzusetzen, dass das Jahr 2008 zum „Internationalen Jahr der sanitären Grundversorgung“ ausgerufen wird.

Berlin, den 27. September 2006

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion
Dr. Guido Westerwelle und Fraktion
Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Nach dem großen Erfolg des Internationalen Jahrs des Süßwassers 2003 soll ein von der UN-Generalversammlung ausgerufenes „Internationales Jahr der sanitären Grundversorgung“ nun dazu beitragen, ein dringend benötigtes größeres öffentliches Bewusstsein für die Problemlagen in dem Bereich und für die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Vorteile zu schaffen, die durch Verbesserungen im Bereich des Abwassermanagements und der Hygieneerziehung möglich sind.

Deutschland kann sein international hohes wissenschaftliches, umwelt- und entwicklungspolitisches sowie unternehmerisches Ansehen im Bereich der Wasserver- und -entsorgung, durch sein Engagement für ein „Internationales Jahr der sanitären Grundversorgung“ stärken und weiter ausbauen.

Damit 2008 zum „Internationalen Jahr der sanitären Grundversorgung“ ausgerufen werden kann, muss die UN-Generalversammlung, die in der 3. Septemberwoche beginnt, dies beschließen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333